
Steuerautonomie – Der Plan

*Länge: 20 Zeilen a 66 Anschläge, 1'320 Zeichen (mit Leerzeichen), Status: 1'319
Expertenforum Kronenzeitung*

*Christian Keuschnigg ist Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen
und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum in Wien.*

Unser Föderalismus macht Länder und Gemeinden unmündig. Statt Einnahmen selber zu entscheiden, müssen sie fixe Ertragsanteile am Steuerkuchen akzeptieren. Von der Einkommensteuer gehen 77% an den Bund, 23% an Länder und Gemeinden.

Die Politik soll nahe am Bürger sein und an allen Hebeln drehen. Die Landeshauptleute sollen nicht nur mit hohen Ausgaben, sondern auch mit niedrigen Steuern glänzen.

Hier ist der Plan. Die Länder erheben ihren eigenen Steuersatz, bekommen aber keine Ertragsanteile mehr. Der Bund senkt seine Steuersätze, überweist aber nichts mehr an die Länder.

Manche Länder sind reich, andere haben eine geringe Steuerkraft. Um das ein wenig auszugleichen, erhalten ärmere Länder etwas höhere Ertragsanteile, die Reichen geringere.

Um gleich lange Spiesse im Steuerwettbewerb zusichern, muss dieser Ausgleich erhalten bleiben. So können die Länder mit gleichen Steuersätzen starten, und erhalten wie bisher Mehr- oder Mindereinnahmen durch Ausgleichszahlungen ersetzt. Es gibt keine Gewinner und Verlierer!

Nach dem Start in die Autonomie bleibt der Finanzausgleich festgeschraubt. Aber jedes Land kann selber über Ausgaben und Einnahmen entscheiden. So sieht Politik aus. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass die Bürger von einem besseren Preis-Leistungsverhältnis profitieren. Mehr auf www.wpz-fgn.com.